

60-Stunden-Woche, Lohndumping, Schlamperei bei der Sicherheit. Berner Schweisserskandal zieht Kreise.

Nach Work-Enthüllung: Neue Fälle von Lohnschiss

Jetzt wollen die Berner Elektrizitätswerke endlich den Hinweisen auf Lohndumping auf ihrer KVA-Baustelle nachgehen. Doch es gibt schon wieder neue Fälle.

Freitag, 7. Oktober, 10 Uhr morgens. Vor der Baustelle der Berner Kehrlichtverbrennungsanlage (KVA) fahren Unia-Autos vor. Im Handumdrehen ist die Baustellenzufahrt blockiert. Mit der Blockade protestiert die Unia gegen die miserablen Bedingungen, unter denen rund 40 bosnische Schweisser und Schlosser der Firma RM-LH auf der Baustelle des öffentlich-rechtlichen Elektrizitätswerks EWB arbeiten müssen: 60-Stunden-Woche, Lohndumping, Schlamperei bei der Sicherheit.

Work hat in seiner am selben Tag erschienenen Ausgabe über den Skandal berichtet, der nun Kreise zieht. Mit dem „Blick“ empört sich die ganze Schweiz über „amtlich bewilligtes Lohndumping“. Und vor allem über die üblen Bedingungen, unter denen die RM-LH-Büezer im Berner Vorort Ostermündigen wohnen müssen. Work hatte das exklusiv mit Fotos dokumentiert: Zu fünft im Matratzenlager einer Dreizimmerwohnung, die Waschküche voll Abfall und Gestank. Fazit: unbewohnbar! Und das für mehr als 2000 Franken Miete.

Auf der KVA-Baustelle schütteln Büezer und Kader, Gerüstbauer und Ingenieure ungläubig den Kopf über die elenden Zustände: Es gab zwar Gerüchte. Aber so schlimm hatte es niemand erwartet.

Das geht wohl auch Daniel Schafer so, dem CEO der Bauherrin EWB. Er kommt direkt aus den Ferien und erscheint gegen Mittag auf der Baustelle. Jedenfalls sichert er Unia-Sektionssekretär Roland Herzog zu, allen Hinweisen auf Lohndumping nachzugehen. Eine erste Gesprächsrunde fand am 18. Oktober statt. In konstruktiver Stimmung, wie beide Seiten mitteilten. Jetzt sollen alle Unterlagen auf den Tisch und unter Beizug des Berner Amts für Wirtschaft und der Arbeitsmarktkontrolle untersucht werden.

Lohn wie in Italien.

Dass gehandelt werden muss, zeigt sich nach dem Ende der Blockade in der Baustellenkantine: Ein Mitarbeiter von ABB Italien kommt mit Work ins Gespräch. Er montiert Transformatoren und habe deshalb immer wieder auf der Baustelle zu tun, sagt er. Zurzeit ist es ein Kurzeinsatz von ein paar Tagen. Er arbeitete aber auch schon mehrere Wochen hintereinander in Bern. Zu italienischen Arbeitsbedingungen: Er verdient 10 Euro die Stunde, 1500 Euro im Monat.

Und auch er ist kein Einzelfall: Sie habe auf der Baustelle mit vier weiteren Angestellten von ABB-Italien gesprochen, sagt die Berner Unia-Sekretärin Carmen Rocha. Sie arbeiten zu italienischen Löhnen, die weit unter den Ansätzen liegen, die der Schweizer Gesamtarbeitsvertrag vorschreibt. ABB bestätigt gegenüber Work den Einsatz der italienischen Arbeiter in Bern. Die drei Transformatoren würden von der italienischen Tochter geliefert und montiert, sagt Mediensprecher Lukas Inderturth. Und behauptet: „Dabei geht alles mit rechten Dingen zu und her.“

Und der tiefe Lohn? Das sei in Ordnung, findet Inderturth, schliesslich stünden die Arbeiter bei ABB Italien unter Vertrag.

Ist das schlecht informiert oder nur naiv getan? Es kann doch nicht sein, dass man beim Weltkonzern ABB noch nie etwas vom Entsendegesetz gehört hat. Es schreibt vor, dass auch Entsandte zwingend den für allgemeinverbindlich erklärten Schweizer Gesamtarbeitsverträgen unterstehen.

Baumeister klemmen bei der Solidarhaftung

Messmers faule Ausreden

Die Solidarhaftung wird zu einem der zentralen Streitpunkte in den Verhandlungen um einen neuen Gesamtarbeitsvertrag für den Bau. Es gäbe ein einfaches und wirksames Mittel, gegen Lohndumping und vertragswidrige Arbeitsbedingungen auf Baustellen in der Schweiz vorzugehen: die Solidarhaftung, also die Haftung eines Auftragnehmers für alle Unterakkordanten. Doch in den Verhandlungen über den Landesmantelvertrag (LMV) fürs Bauhauptgewerbe sperren sich die Baumeister gegen eine solche Regelung.

Keine Antwort.

Auf dem heissen Stuhl der TV-Sendung „Rundschau“ flüchtete sich Baumeisterpräsident Werner Messmer in

faule Ausreden: Es handle sich um ein Problem „im Promillebereich“ und hauptsächlich im Baunebengewerbe. In einem Rechtsstaat dürfe niemand „für die kriminellen Handlungen anderer verantwortlich“ gemacht werden. Auf die Frage, weshalb der Generalunternehmer bei der Qualität für die Unterakkordanten haften müsse, dies aber bei der Einhaltung des LMV nicht möglich sein solle, blieb Messmer die Antwort schuldig.

Seine übrigen Argumente ziehen genauso wenig: Auch im Bauhauptgewerbe sorgt der Preisdruck für Lohndumping durch Unterakkordanten. Zum Beispiel bei den Eisenlegern. Kein Wunder, denn vor zehn Jahren kalkulierten Baukonzerne noch mit 600 Franken pro Tonne Eisen. Heute sind es noch 280 Franken. Wenn ein Konzern zu diesem Preis Aufträge vergibt, weiss er, dass sie nur mit Dumpinglöhnen oder Schwarzarbeit erfüllt werden können.

Auch die Behauptung, es handle sich um Einzelfälle, zieht nicht. Erstens zeigt ein Augenschein auf den Baustellen ein anderes Bild. Zweitens bedrohen auch Einzelfälle Lohnniveau und Arbeitsbedingungen der ganzen Branche.

Lösung weit entfernt.

Die LMV-Verhandlungen gehen weiter. Während in anderen Punkten Lösungen diskutiert werden, scheint eine Einigung in Sachen Solidarhaftung noch weit entfernt zu sein. Das Unia-Bauarbeiterdepartement hat deshalb einen nationalen Protesttag für den 25. November beschlossen. Falls es bis dann keine Einigung zwischen den Sozialpartnern gibt.

Matthias Preisser.

Work. Freitag, 2011-10-21.

Uni8a Region Bern > EWB Bern. Lohndumping. 2011-10-21.doc.